

Informationen des Stadtverbandes

1/2018

Die Situation der Schulen im Lichte öffentlicher Debatten

„Welche Hausaufgaben sollte der alte und neue Schuldezernent in seiner nächsten Amtszeit unbedingt erledigen?“, wurden 10 Kommunalpolitiker*innen aufgefordert zu formulieren, anlässlich der „Frage der Woche“, mit der uns die Nordsee-Zeitung immer Samstags einen Einblick in die Bewusstseinslage unseres Stadtparlaments vermittelt.

Es wäre nun ein Leichtes, kopfschüttelnd die eine oder andere Passage zu zitieren, und nochmals darauf abzuheben, dass über Schul- und Bildungspolitik Abgeordnete entscheiden, die nicht „vom Fach“ sind. Dies hilft aber wenig weiter, zumal diese Parlamentarier*innen die Hand an entsprechender Stelle heben und ihre Einschätzungen politische Realität werden.

Wir müssen uns also auseinandersetzen, nicht zwingend mit den Details, aber schon mit einigen aus den Antworten ablesbaren Trends. Was fällt auf?

1. Angekommen ist die Mangelsituation an den Schulen (Personalversorgung, Unterrichtsausfall, Qualität, generelles Finanzierungsdefizit).
2. Statt den Schulen Stabilität und Kontinuität zu gewähren und auf die Fortsetzung des „Schulfriedens“ (=keine Strukturveränderungen) zu orientieren, wird von einigen Parteien eine erneute Kehrtwendung gefordert.
3. Es wird behauptet, dass die Leistungsförderung der Schüler*innen mehr in den Vordergrund gestellt werden müsse. Es drängt sich natürlich die Frage auf, was mit „Leistung“ gemeint sei. Und ob nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass im Gefolge der PISA-Ergebnisse eine Konzentration auf die klassischen Kernfächer erfolgte – ohne Verbesserung in den einschlägigen Rankings. Die GEW ist für eine größtmögliche

Leistungssteigerung für alle Kinder und Jugendlichen in der Integration, nicht für Leistungsimpulse als Unterstützungsmaßnahmen zur weiteren Zergliederung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft („Stärkung des Gymnasiums“).

4. Die damit verbundene Forderung nach Wiedereinführung von Noten in der Grund- und Oberschule wird keine Schülerin und keinen Schüler in Deutsch oder Mathematik verbessern. Wirkungsvolles Lernen verläuft über spannende Inhalte, gute Lernbedingungen und wird begleitet durch qualifizierte Kolleg*innen. Eine „Notendiskussion“ ist oberflächlich und lenkt vom eigentlichen Problem ab. Sie zeigt die Hilflosigkeit der Stadtverordneten.

Soweit die kommunalpolitische Stimmungslage.

Wichtige Entscheidungen werden allerdings weiterhin in Bremen getroffen. Richtig ist deshalb zunächst die Einsicht, dass der Lehrermangel und der Unterrichtsausfall entschieden bekämpft werden müssen. Der Magistrat hat in diesem Zusammenhang äußerst hilfreiche Beschlüsse gefasst. Wir fragen: Wo bleiben die parteipolitischen (oder überparteilichen) Initiativen, um „A13/E13 für alle“ und die Senkung der Unterrichtsverpflichtung in Bremen durchzusetzen?

Ein weiteres interessantes Interview mit dem Dezernenten Michael Frost war wenige Tage zuvor in der gleichen Zeitung zu lesen. Die unterschiedlichen Auffassungen von ihm und Senatorin Bogedan zu „Gehalt und Arbeitszeit“ sind markant. An dieser Auseinandersetzung wird der Dezernent nicht vorbeikommen. Er muss sie vielmehr entschlossen führen! Wir werden ihn dabei unterstützen: Für Bremerhaven lautet nämlich die entscheidende Frage: Wo sind die Anreize für junge Leute, in dieser Stadt langfristig arbeiten zu wollen? Eine

Konkretisierung ist gefordert: Welche Anreize sind – neben den oben genannten - tatsächlich vorstellbar?

Dabei sollte der neue „restriktive“ Umgang mit Freistellungsanträgen überdacht werden. Man kann das Verfahren auch umdrehen, indem die Stadt gezielt individuelle

Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Tenor: Hier hast Du alle Möglichkeiten, gehen kannst Du jederzeit – aber wir zeigen Dir beruflich attraktive Wege auf und schaffen Perspektiven.

In dieser (kommunalpolitischen) Diskussion drängen sich weitere Fragen auf, z.B.:

- Wir haben Seiten- und Quereinsteiger*innen und wir werden sie über Jahre behalten!
Wo sind die nötigen Qualifizierungspakete unter annehmbaren Bedingungen?
- Wir benötigen weiteres pädagogisches Personal (Erzieher*innen, pädagogische Mitarbeiter*innen ...). Wann werden die seit Jahren mit kleinen Verträgen arbeitenden Kolleg*innen endlich aufgestockt?

Zum Schluss noch einmal ein wenig Pädagogik. In dem besagten Interview fällt der Begriff der „Stabilisierungsklassen“ für Kinder mit Förderbedarf im sozialen und emotionalen Verhalten. Richtigerweise wird damit eines der drängendsten Probleme der Schulreform aufgerufen. Allerdings müssen wir Konkretisierungen einfordern: Welches Konzept steckt hinter der Aussage?

„Stabilisierungsklassen“ können Chancen und Gefahren beinhalten, je nachdem, ob sie integrativ angelegte Unterstützungen oder eine Relativierung schulischer Inklusion darstellen. Der Begriff „Klasse“ deutet auf ein stabiles Konstrukt hin, welches den Inklusionsprozess eher destabilisieren könnte.

Wie dem auch sei, die öffentliche Debatte verweist auf inhaltliche und materielle Auseinandersetzungen, die weiterhin vor uns liegen. Eine unterfinanzierte Reform muss an

Grenzen kommen. Sie eröffnet Räume für überholte traditionelle Lösungen. Die GEW ist gefordert, die politische Willensbildung durch Aktion und Information zu beeinflussen.

Schon ´mal vormerken:

Mittwoch, 14. Februar, 18.00 – 20.15 Uhr

Lehrerfortbildungsinstitut, Friedrich-Ebert-Str.
Grundschultage Bremerhaven

Donnerstag, 15. Februar, 10.15 – 16.15 Uhr

Lehrerfortbildungsinstitut, Friedrich-Ebert-Str.
Grundschultage Bremerhaven

Montag, 19. Februar, 16.00 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
Info-Veranstaltung zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Schulleitungen

Montag, 05. März, 15.00 Uhr

R 204 im Gewerkschaftshaus
AK Senior*innen im Stadtverband Bremerhaven

Donnerstag, 08. März, 8.00 Uhr

Walter-Kolb-Halle
Große Personalversammlung

Donnerstag, 12. April, 10.00 – 16.00 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
Neueinsteiger*innen-Seminar